



Petitionskommission

An den Grossen Rat

07.5035.05

Basel, 5. Mai 2010

P 241 "Förderung der Alternativkultur in Basel-Stadt"

Der Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 14. März 2007 die Petition "Förderung der Alternativkultur in Basel-Stadt" an die Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Mit Bericht vom 23. April 2007 stellte die Petitionskommission dem Grossen Rat den Antrag, die Petition der Regierung zur Stellungnahme zu überweisen. An seiner Sitzung vom 27. Juni 2007 ist der Grosser Rat dem Antrag der Petitionskommission gefolgt.

Mit Beschluss vom 12. August 2008 nahm der Regierungsrat zuhanden der Petitionskommission Stellung. Mit Bericht vom 22. September 2008 stellte die Petitionskommission dem Grossen Rat den Antrag, die Petition erneut der Regierung zur Stellungnahme zu überweisen. An seiner Sitzung vom 19. November 2008 ist der Grosser Rat dem Antrag der Petitionskommission gefolgt.

Mit Beschluss vom 12. Januar 2010 nahm der Regierungsrat zuhanden der Petitionskommission ein zweites Mal Stellung.

1. Wortlaut der Petition

Im Kanton Basel-Stadt ist das Bedürfnis nach Alternativkultur hoch und das Angebot sehr tief. Die jüngsten Diskussionen um die Kaserne Basel haben gezeigt: Es ist unter den heutigen finanziellen und räumlichen Voraussetzungen nicht möglich, die Bedürfnisse von freiem Theater, Tanz und Populärmusik abzudecken.

Neben den grossen Summen für die etablierte Kultur – z.B. das geplante neue Stadt-Casino – muss der Kanton endlich auch seine Verantwortung für die Alternativkultur wahrnehmen und ein Signal der Wertschätzung an die Jugend senden, denn sie ist Basels Zukunft.

Wir verlangen vom Regierungsrat und vom Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt:

Deutlich höhere finanzielle Unterstützung der freien Theater-, Tanz- und Musikszene – besonders gross ist der Rückstand der Populärmusik, die im baselstädtischen Kulturbudget praktisch nicht vorkommt.

Die baldige Bereitstellung von neuen Probekräften für Musik-, Theater- und Tanzgruppen

Die Bereitstellung eines zusätzlichen Raums zur Aufführung von Theater/Tanz- oder Musikproduktionen mit einer Infrastruktur entsprechend der Reithalle der Kaserne.

2. Erste Stellungnahme des Regierungsrats zur Petition; Regierungsratsbeschluss vom 12. August 2008 (Geschäft Nr. 09.5354.03)

Die Petitionskommission erachtete die erste Stellungnahme des Regierungsrates zur Petition als zu wenig ausführlich, nicht im Sinne der Petition und auch nicht im Sinne der Petitionskommission. Sie stellte zwar fest, dass gewisse Forderungen der Petition erfüllt worden waren, empfand sie aber als zu minimal. Gewisse Fortschritte bezüglich der regierungsrätlichen Einschätzung des Stellenwerts der Alternativkultur auf dem Platz Basel, und damit verbunden eine etwas umfangreichere Bereitstellung finanzieller Mittel, waren zwar ebenfalls feststellbar, der Kommission wäre es lieber gewesen, wenn es der Regierungsrat nicht dabei bewenden liesse. In punkto zweiter Forderung der Petition stellte die Petitionskommission in den Ausführungen des Regierungsrats nur Absichtserklärungen fest, so wie sie die Kulturschaffenden der Alternativkultur seit Jahren zur Kenntnis nehmen müssen, ohne dass den Worten Taten folgen. Bezüglich der dritten Forderung der Petition verlangte die Petitionskommission gestützt auf konkrete Zahlen einen Nachweis, dass diese unberechtigt im Raum steht.

3. Zweite Stellungnahme des Regierungsrates; Regierungsratsbeschluss vom 12. Januar 2010

Siehe Beilage.

3. Erwägungen der Petitionskommission

Die Petitionskommission dankt dem Regierungsrat für seine erneute Stellungnahme zur Petition, welche auf die von der Petitionskommission in ihrem Bericht vom 22. September 2008 geäusserte Kritik eingeht, und im Vergleich zur ersten Stellungnahme vom 12. August 2008 viel präziser informiert. Ihr kann entnommen werden, dass der Regierungsrat nach wie vor die dritte Forderung der Petition, einen zusätzlichen Aufführungsraum für Aufführungen von Theater/Tanz- oder Musikproduktionen zu schaffen, als unnötig erachtet, dass er aber im Sinne der ersten Forderung der Petition (höhere finanzielle Unterstützung) bereits entsprechend vorgegangen und betreffend der zweiten Forderung (Bereitstellung von neuen Probelokalen) einiges im Tun ist.

Die Petitionskommission ist erfreut darüber, dass der Regierungsrat die Petition unterstützen will. Dies belegt einerseits die Darstellung der Kulturprojektkredite. Zu hoffen ist, dass dieser Trend anhält. Andererseits sichert der Regierungsrat die Bereitstellung zusätzlicher Probelokale zu. Leider werden solche Lokale nach so vielen Jahren immer noch nur in Aussicht gestellt. Zummindest scheint die Sache jetzt aber auf gutem Weg zu sein. Allerdings möchte die Petitionskommission den Regierungsrat bei seiner Zusicherung, Probelokale und andere Räumlichkeiten für die freie Theater-, Tanz- und Kulturszene zu schaffen, behalten und stützen. Die Petition soll deshalb nicht als erledigt erklärt werden.

Die Petitionskommission akzeptiert, gestützt auf die gelieferten Auslastungszahlen zu den Aufführungsräumen der Kaserne, die Argumentation der Regierung, keine diesbezüglichen weiteren Investitionen für die Bereitstellung eines weiteren Aufführungsraums tätigen zu wollen.

4. Antrag der Petitionskommission

Die Petitionskommission beantragt mit 6 zu 3 Stimmen, vorliegende Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Im Namen der Petitionskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt



Loretta Müller, Präsidentin



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Staatskanzlei
Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Telefon +41 (0)61 267 85 62
Telefax +41 (0)61 267 85 72
E-Mail staatskanzlei@bs.ch
Internet www.bs.ch

An die Petitionskommission
Frau Loretta Müller, Präsidentin
Mörsbergerstrasse 48
4057 Basel

Basel, 13. Januar 2010

Regierungsratsbeschluss
vom 12. Januar 2010

Petition 241 „Förderung der Alternativkultur in Basel-Stadt“

Sehr geehrte Frau Müller

Die Petition P241 wurde am 14. März 2007 an die Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Deren Bericht wurde am 23. April 2007 vom Grossen Rat an den Regierungsrat überwiesen. Der Regierungsrat nahm dazu am 12. August 2008 Stellung. Der zweite Bericht der Petitionskommission vom 22. September 2008 wurde vom Grossen Rat am 19. November 2008 erneut zur Stellungnahme an den Regierungsrat überwiesen. Der Regierungsrat nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Wortlaut der Petition

„Im Kanton Basel-Stadt ist das Bedürfnis nach Alternativkultur hoch und das Angebot sehr tief. Die jüngsten Diskussionen um die Kaserne Basel haben gezeigt: Es ist unter den heutigen finanziellen und räumlichen Voraussetzungen nicht möglich, die Bedürfnisse von freiem Theater, Tanz und Populärmusik abzudecken. Neben den grossen Summen für die etablierte Kultur – z.B. das geplante neue Stadt-Casino – muss der Kanton endlich auch seine Verantwortung für die Alternativkultur wahrnehmen und ein Signal der Wertschätzung an die Jugend senden, denn sie ist Basels Zukunft.“

Wir verlangen vom Regierungsrat und vom Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt:

- Deutlich höhere finanzielle Unterstützung der freien Theater-, Tanz- und Musikszene, besonders gross ist der Rückstand der Populärmusik, die im baselstädtischen Kulturbudget praktisch nicht vorkommt.

- Die baldige Bereitstellung von neuen Probelokalen für Musik-, Theater- und Tanzgruppen.
- Die Bereitstellung eines zusätzlichen Raums zur Aufführung von Theater/Tanz oder Musikproduktionen mit einer Infrastruktur entsprechend der Reithalle der Kaserne.“

2. Stellungnahme des Regierungsrates vom 12. August 2008

Zusammenfassend hat der Regierungsrat dabei zuerst grundsätzlich den Begriff „Alternativkultur“ als taugliches Kriterium für die Forderungen in Frage gestellt. Er hat dargelegt, wie einerseits Kantongelder in diverse nicht-institutionellen Bereiche der Kultur fliessen, andererseits auch subventionierte Institutionen Teil der freien Kunst- oder Kulturszene sind. Er listet diverse Beispiele von Institutionen oder Projekten der innovativen Szene auf, welche von kantonaler Unterstützung profitieren und relativiert vor diesem Hintergrund die Formulierung der Petition, dass „der Kanton nun endlich seine Verantwortung für die Alternativkultur wahrnehmen müsse“.

Zur Forderung nach deutlich höherer finanzieller Unterstützung der freien Theater-, Tanz- und Musikszenen verwies der Regierungsrat auf die zentrale Funktion der Kaserne Basel und auf die neuen Richtlinien für Programm und Betrieb vom April 2007 sowie auf die finanzielle Unterstützung an den Fachausschuss Theater und Tanz BS/BL, die IG Tanz, das Kulturbüro sowie den Rockförderverein RFV. Alle Beiträge hatten in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht werden können.

Zur Forderung nach baldiger Bereitstellung von neuen Probelokalen für Musik-, Theater- und Tanzgruppen erläuterte der Regierungsrat den Stand der Dinge im Projekt Bandproberäume. Er stellte damals erste Resultate noch im Jahr 2008 in Aussicht. Ebenfalls solle im Zusammenhang mit dem Entwicklungsprozess Kasernenareal die Schaffung von Probe- und Arbeitsräumen für die freie Theater- und Tanzszene geprüft werden.

Zur Forderung nach zusätzlichem Raum für Theater-/Tanz-/Musikproduktionen mit einer Infrastruktur analog der Reithalle Kaserne fehlte dem Regierungsrat der entsprechende Bedarfsnachweis. Er war der Ansicht, das bestehende Angebot genüge umfassend, ja eine neue Investition würde vielmehr bestehende Räume konkurrenzieren. In seinem Fazit verwies der Regierungsrat u.a. auf den Politikplan 2008 – 2011 und die darin formulierten Ziele im Bereich freie Theater- und Tanzszene sowie Populärmusik. Damit könne klar gezeigt werden, dass die Anliegen der freien Szene bzw. der „Alternativkultur“ vom Regierungsrat ernst genommen und für deren Entwicklung valable Mittel eingesetzt würden.

3. Kritik der Petitionskommission am Bericht des Regierungsrats

In den Erwägungen der Petitionskommission werden verschiedene Aspekte der ersten Antwort des Regierungsrates vom 12. August 2008 kritisiert. Im folgenden gehen wir auf diese Kritik ein und nehmen gleichzeitig nochmals Stellung zu den einzelnen Forderungen der Petition.

3.1 Deutlich höhere Unterstützung der freien Tanz-, Theater- und Musikszene

Die Petitionskommission wünscht in ihrer Erwägung eine Darstellung, die aufzeigt, inwiefern die erste Forderung der Petition seit deren Einreichung erfüllt wurde. Angesichts der Auflistung diverser Institutionen sei nicht ersichtlich, ob der Umfang zugenommen hat und in welche Sparten die Unterstützungen fliessen. Anbei liefern wir gerne die gewünschte Übersicht nach:

Kulturprojektkredite BS/BL

Fachausschuss	Total bisher	Total ab 2009	Anteil BS bisher	Anteil BL bisher	Anteil BS ab 2009	Anteil BL ab 2009
FA Audiovision und Multimedia BS/BL	CHF 400'000	CHF 500'000	CHF 200'000	CHF 200'000	CHF 300'000	CHF 200'000
FA Theater & Tanz BS/BL	CHF 800'000	CHF 1'000'000	CHF 365'000	CHF 435'000	CHF 465'000	CHF 535'000
FA Literatur BS/BL	CHF 160'000	CHF 160'000	CHF 80'000	CHF 80'000	CHF 80'000	CHF 80'000
FA Musik BS/BL	CHF 350'000	CHF 350'000	CHF 90'000	CHF 260'000	CHF 90'000	CHF 260'000
TOTAL	CHF 1, Mio 71	CHF 2, 01 Mio	CHF 735'000	CHF 975'000	CHF 935'000	CHF 1, 075 Mio

Institutionen nach Sparten (nicht vollständig, Kriterium Förderung der jüngeren Kulturszene)	CHF pro Jahr		
	2007	2008	2009
Bildende Kunst/Crossover			
Kunstkredit	520'000	520'000	520'000
Atelierkredit BS	75'000	75'000	75'000
Ausstellungsraum Klingental	87'000	120'000	120'000
Kaskadenkondensator	25'000	25'000	25'000
Kulturbüro (neue Subvention ab 2008)	0	25'000	25'000
Dock (neue Subvention ab 2008)	0	25'000	25'000
Theater/Tanz			
Vorstadt-Theater	200'000	200'000	200'000
Kaserne Basel	1'060'000	1'060'000	1'060'000
IG Tanz/ Tanzbüro	28'000	28'000	28'000
Musik			
Rockförderverein	220'000	300'000	330'000
Bird's Eye Jazz Club	50'000	50'000	50'000
Film, Audiovision			
Stadt-/Landkino	270'000	270'000	270'000
Plug.in	100'000	100'000	100'000
Total	2'635'000	2'798'000	2'828'000

Bei den Fachausschüssen Audiovision/Multimedia (+ CHF 100'000) sowie Tanz und Theater (+ 100'000) wurden somit seit Einreichung der Petition in den Sparten Film/neue Medien sowie Tanz/Theater substantielle Erhöhungen von total CHF 200'000 p.a. genehmigt. Auf institutioneller Ebene konnten mit Erhöhungen im Bereich Bildende Kunst und niederschwellige Vermittlung (Ausstellungsraum Klingental, neue Unterstützung für Kulturbüro, dock) sowie Pop/Rockmusik (Rockförderverein) ebenfalls kulturpolitische Akzente in der Förderung der jungen Kunst- und Musikszene der Region von total CHF 193'000 p.a. gesetzt werden. Substantielle Erhöhungen für den Spielort Kaserne Basel sind vorbehältlich der Ergebnisse des politischen Prozesses seit längerem vorgesehen.

Als Institution, welche ganz gezielt junge und in keinen institutionellen Förderstrukturen eingebundene Kunst- und Kulturschaffende unterstützt, hat im August 2008 das Kulturbüro Basel seine Unterstützungs- und Beratungstätigkeit für freie Kunstschaaffende aller Sparten aufgenommen. Es erhält vom Kanton eine feste jährliche Subvention von CHF 50'000 sowie feste Beiträge von der CMS und dem MIGROS Kulturprozent. Vom Kanton Basel-Landschaft wurde ein einmaliger Infrastrukturbetrag gesprochen.

Die detaillierte Aufstellung zeigt unseres Erachtens einerseits, dass ein Zuwachs der Fördermittel an die nicht-institutionelle freie Kulturszene belegbar ist und dass die Formulierung der Petition, dass "*der Kanton nun endlich seine Verantwortung für die Alternativkultur wahrnehmen müsse*" einmal mehr relativiert werden muss.

3.2 Die baldige Bereitstellung von neuen Probelokalen für Musik-, Theater- und Tanzgruppen

3.2.1 Probelokale für Populärmusikgruppen

(siehe dazu auch *Beantwortung des Regierungsrates zum Planungsanzug Sibel Arslan betreffend Probelokale vom 8. Dezember 2009*).

Nach drei konkreten Projekten, welche auf Grund verschiedener Faktoren leider nicht realisiert werden konnten (Sommercino, E-Halle NT-Areal und UW Volta) zeigt sich heute als viel versprechende und realistischste dauerhafte Lösung die Option, im Rahmen des Neubaus Kuppel ein zusätzliches Untergeschoss mit 10 bis 12 Proberäumen zu bauen. Für dieses Projekt ist der RFV und die Baukommission in engem Kontakt mit der Eigentümer- und Bauherrschaft der Kuppel. Eine ermutigende Machbarkeitsstudie des Architekturbüros, welches auch den Architekturwettbewerb Neue Kuppel gewonnen hat, liegt vor. Für den Neubau der Kuppel braucht es nun die anstehende Zonenänderung Nachtigallenwäldeli. Aus heutiger Sicht könnten bei positivem Verlauf der nächsten politischen Schritte die Proberäume unter der neuen Kuppel Ende 2011 oder Anfang 2012 realisiert werden.

Als Zwischenlösungen klärt der RFV, unterstützt von der Baukommission, dem BVD wie auch dem SJD und dem ED zwei Optionen ab: die temporäre Nutzung von nicht mehr benötigten Zivilschutzzanlagen und die Option, ebenfalls temporär, unter dem Brückenkopf Schwarzwaldbrücke.

3.2.2 Probelokale für Theater- und Tanzgruppen

Das Anliegen der Petition wird vom Regierungsrat grundsätzlich unterstützt. Allerdings erachtet er eine Koordination mit den geplanten Entwicklungen auf dem Kasernenareal als sinnvollstes Vorgehen. Hier ist auch Schlussbericht der Arbeitsgruppe "**Entwicklung Kasernenareal – Teilauftrag Kultur**" vom 9. November 2007 zu nennen, welcher im weiteren in die aktuelle Arbeit der interdepartementalen Arbeitsgruppe Entwicklung Kasernenareal I-PEK (Federführung seit 2009 Präsidialdepartement) einfließt, die dem Regierungsrat Entscheidungsgrundlagen betreffend der Entwicklung des Kasernenareals im Sinne der "Brutstätte" der Studie Martin Heller vorlegen wird. Die im Schlussbericht Kultur geforderte soziokulturelle Mischnutzung des Kasernenareals beinhaltet explizit auch die Schaffung von Probe- und anderen Räumlichkeiten für die freie Theater-, Tanz- und Kulturszene. Dies soll im Kontext der Nachnutzung des Hauptbaus der Kaserne sowie nach Möglichkeit auch der der Turnhalle nach dem Auszug der Schulen 2012 umgesetzt werden.

3.3 Die Bereitstellung eines zusätzlichen Raums zur Aufführung von Theater/Tanz- oder Musikproduktionen mit einer Infrastruktur entsprechend der Reithalle der Kaserne.

Im Gegensatz zur Einschätzung in der Antwort der Petitionskommission ist der Regierungsrat sehr wohl der Meinung, dass von den Auslastungszahlen der Kaserne Basel Rückschlüsse auf den Bedarf nach einem zusätzlichen Aufführungsraum mit der Infrastruktur der grossen Reithalle der Kaserne gezogen werden können. Die Kaserne bietet neben der Reithalle

auch die beiden Rosställe als kleiner Aufführungsräume für alle Bereiche an. Die Publikumsauslastung stellt sich in den Jahren 2006 bis 2009 wie folgt dar:

Jahr	Theater und Tanz	Musik	Diverse (u.a. Vermietungen)
2006	50%	59%	k.A.
2007	58%	56%	91%
2008	53%	k.A.	98%
2009 (Saison 08/09)	60%	73%	94%

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass eine grosse Investition für einen zusätzlichen Aufführungsraum aus heutiger Sicht keinen Sinn macht. Es wäre unverantwortlich, die Kaserne Basel in dieser Situation mit fraglichen zusätzlichen Konkurrenzangeboten zu gefährden. Auch sind dabei andere bestehende Angebote zu berücksichtigen, deren es in Basel und unmittelbarer Umgebung einige gute gibt, wie das Theater Roxy, die Gare du Nord, das Sudhaus, Union, Volkshaus, die Imprimerie u.a.m.).

4. Fazit

Die Zusammenstellungen unter 3.1 zeigen, dass ein nicht unwesentlicher Anteil der staatlichen Kulturfördermittel direkt dem freien Kulturschaffen zukommt. Ob ein Vergleich und eine Verrechnung mit den Budgets der staatlichen Museen, des Staatsarchivs (bis 31. Dezember 2008 der Denkmalpflege), der Archäologischen Bodenforschung sowie der Abteilung Kultur inkl. Museumsdienste sinnvoll ist, bezweifeln wir. Mehr Sinn macht wohl die Relation zu den Subventionen im Bereich Kultur, dort beträgt der Anteil bereits rund 6,2%. Auch diese Zahl ist wenig aussagekräftig, da in Fachkreisen heute Einigkeit besteht, dass der Begriff der "Alternativkultur" überholt ist, dass es immer mehr Austausch, Kooperationen und Überschneidungen gibt und zudem die bisherige "Alternativkultur" in einigen neu entstandenen und in immer schnellerem Rhythmus entstehenden Szenen sogar bereits schon zur etablierten Kultur gerechnet, und teilweise heftig abgelehnt wird.

Der Regierungsrat möchte auch in aller Klarheit festhalten, dass der Kernauftrag der staatlichen Kulturförderung, neben der unverzichtbaren Pflege des kulturellen Erbes in all seinen Formen die Förderung des professionellen, qualitativ hoch stehenden Kulturschaffens ist. Selbstverständlich sind dabei alle gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen und Veränderungen laufend zu berücksichtigen. Unverzichtbar sind aber für die Vergabe von öffentlichen Mitteln die Definition von klaren Kriterien und das Vorhandensein gewisser Strukturen, welche eine sinnvolle und angemessene Überprüfung der Verwendung und der Wirkung von immer zweckgebunden gesprochenen öffentlichen Kulturfördermitteln gewährleisten. Als sehr geeignete Beispiele möchten wir hier nur nochmals die staatliche Unterstützung des Jugendkulturfestivals oder die Subvention an den Rockförderverein Region Basel RFV erwähnen.

Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass im Bereich Performing Arts und Musik die Förderung der freien Theater-, Tanz- und Populärmusikszene am wirkungsvollsten in der Verbindung der Unterstützung eines geeigneten Spiel- und Auftritt-Ortes und der entsprechen-

den Projektförderung geleistet werden kann. Konkret bedeutet dies die angemessene Subvention der Kaserne Basel und die Projektförderung durch die entsprechenden gemeinsamen Fachausschüsse BS/BL, die Kulturvertragspauschale, sowie die Kulturpauschale und die Lotteriefonds BS und BL. In den Bereichen bildende Kunst sind es in erster Linie der Kunstkredit, der Atelierkredit (zusammen mit BL und der CMS) sowie die direkte Künstlerinnen- und Künstlerförderung aus der Kulturpauschale. Im Bereich Literatur werden schon seit längerem auch Projekte aus der jüngeren Szene, aktuell z.B. das geplante Slam-Poetry Projekt der Parterre AG unterstützt.

Wichtigste Schritte für die freie Theater- Tanz- und Populärmusikszene in den vergangenen zwei Jahren sind sicher einmal das konzeptionelle Grundsatzpapier der Kaserne Basel "**Richtlinien für Programm und Betrieb**", das seit 2008 als verbindliches Konzept der Kaserne Basel gilt und umgesetzt wird. Das in einem breiten Mitwirkungsverfahren erarbeitete Papier definiert die Kaserne als wichtigsten Spielort für die freie Szene in den drei Bereichen Theater, Tanz und Populärmusik. Die neue Leitung der Kaserne Basel setzt dieses Papier konsequent und erfolgreich um, steht aber aktuell in einer finanziell äusserst schwierigen Situation.

Berechtigt ist das Anliegen bezüglich Proberäumen. Es ist das erklärte Ziel der Entwicklung Kasernenareal, insbesondere was die Nachnutzung des Hauptbaus und eine neue Nutzung der Turnhalle betrifft, dort zusätzliche Proberäume zu schaffen, die selbstverständlich auch für Studioaufführungen geeignet und mit entsprechender Infrastruktur ausgerüstet sein sollen. Diese Pläne lassen sich aber erst nach dem Auszug der Schulen aus dem Hauptbau, d.h. nach 2012, realisieren.

Mit den in dieser Stellungnahme beschriebenen Krediterhöhungen, Positionspapieren, Beschlüssen, Projekten und Aktivitäten kann klar gezeigt werden, dass die Kulturförderung im Kanton Basel-Stadt (auch im Sinne der Formulierungen im Politikplan 2008 bis 2011) die Anliegen der Freien Szene, bzw. der "Alternativkultur" ernst nimmt und sich für deren Entwicklung und Bereitstellung entsprechender Mittel einsetzt. Gerade in diesem Bereich kann kein langfristiges, unveränderbares Konzept definiert werden. Es gilt vielmehr neben der Pflege unseres kulturellen Erbes auch offen auf neue gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen einzugehen, geeignete Fördermassnahmen zu schaffen und anzuwenden, aber gleichzeitig auch bei den freien Szenen und Kunstschaaffenden die Verantwortung bezüglich der Anwendung gültiger Qualitäts- und Förderkriterien wahrzunehmen. Diesen Grundsätzen fühlt sich die Kulturförderung im Kanton Basel-Stadt verpflichtet, auf diese Ziele richtet sie, wie dargelegt, ihre Arbeit im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel aus.

Mit freundlichen Grüßen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin